

Schlussbemerkungen

Im Juli 2024 – die Aufnahme meiner empirischen Daten ist eigentlich längst abgeschlossen – entschieße ich mich dazu, ein paar meiner Forschungspartner:innen erneut zu kontaktieren. Wenige Monate zuvor, am 7. Oktober 2023, hat die Terrororganisation Hamas Israel brutal überfallen, offiziellen Angaben zufolge starben an diesem Tag 1.170 Menschen, 255 weitere wurden als Geiseln verschleppt.¹ Im Januar 2024 traten die Journalist:innen des Medienhauses CORRECTIV mit ihrer Investigativrecherche »Geheimplan gegen Deutschland« an die Öffentlichkeit – im November 2023 hatten sich demnach Akteur:innen diverser rechtsextremer Parteien und Gruppierungen in Potsdam getroffen und dort unter dem (wenig später zum Unwort des Jahres 2023 gekürten) Schlagwort »Remigration« über die Vertreibung von Millionen Menschen aus Deutschland gesprochen.² Die Europawahl ist gerade vorbei, rechte Parteien sind europaweit auf dem Vormarsch³ und in drei ostdeutschen Bundesländern stehen im September Landtagswahlen an, darunter auch Brandenburg.⁴ Vor dem Hintergrund dieser politischen Entwicklungen interviewe ich unter

- 1 Siehe Quellenverzeichnis: Bundeszentrale für politische Bildung: Vor einem Jahr: Terrorangriff der Hamas auf Israel, 07.10.2024, URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/taegliche-dosis-politik/552812/vor-einem-jahr-terrorangriff-der-hamas-auf-israel/> (letzter Abruf: 12.06.2025).
- 2 Siehe Quellenverzeichnis: CORRECTIV: Geheimplan gegen Deutschland, 10.01.2024, URL: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> (letzter Abruf: 12.06.2025) sowie N.N.: Jury gibt Entscheidung bekannt: »Remigration« ist Unwort des Jahres 2023, tagesschau.de, 15.01.2024, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/unwort-remigration-deutschland-100.html> (letzter Abruf: 12.06.2025).
- 3 Siehe Quellenverzeichnis: N.N.: Europawahl 2024. Rechtsruck in der EU und die Folgen, Deutschlandfunk, 10.06.2024, URL: <https://www.deutschlandfunk.de/europawahl-2024-prognosen-hochrechnung-ergebnisse-100.html> (letzter Abruf: 12.06.2025).
- 4 Nur wenige Wochen, nachdem ich Sebastian und Saskia erneut gesprochen habe, wird der Leiter der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora mit dem Tod bedroht, weil er im Kontext der Landtagswahlen in Thüringen davor gewarnt hat, die AfD zu wählen. Der Brief, aus dem dies hervorgeht, wurde als Postwurfsendung an 300.000 Haushalte in Thüringen verschickt, siehe Quellenverzeichnis: Gedenkstätte Buchenwald: Warum die Stiftung einen Brief an die Wähler:innen in Thüringen geschrieben hat,

anderem Sebastian, wissenschaftlicher Mitarbeiter der GuMS, und Saskia, freiberufliche Guide, ein weiteres Mal. Zwei Jahre, nachdem wir uns zum ersten Mal gesprochen haben, will ich von ihnen wissen, inwiefern sich die Situation an der GuMS möglicherweise geändert hat.

Sebastian: »Im Hinblick auf die AfD und diesen fortschreitenden Rechtsruck würde ich schon sagen, dass sich in unserer Arbeit etwas verändert. Man muss jetzt wirklich konkret darüber nachdenken, was eigentlich bei einer Regierungsbeteiligung der AfD passiert. Man weiß, es wird nichts Gutes für die Gedenkstätten bedeuten. [...] Ich denke schon, dass es *noch* mehr Raum in unserem Alltag einnimmt als vorher. Wir machen mehr Veranstaltungen zum Thema [...], wir diskutieren auch intern mehr darüber. [...] Und ich würde auch sagen, dass eine gewisse Resignation und Ratlosigkeit zu spüren ist, also zumindest bei mir persönlich. Denn im Endeffekt können wir das ja nur bedingt aufhalten. Wir können uns natürlich dazu verhalten, aber am Ende des Tages wird es dazu kommen, dass unsere Arbeit beeinflusst und eingeschränkt wird. Und das ist natürlich frustrierend, muss man auch ganz ehrlich sagen.«⁵

Saskia: »Es ist total besorgniserregend. Das macht mir privat Angst, aber auch in meinem Beruf. Ich weiß nicht, ob das übertrieben ist, aber ich mache mir irgendwie Sorgen um die Zukunft dieser Orte. [...] Wenn die AfD das Sagen bekäme, würde dann das Budget noch stärker gekürzt? Und wie würde überhaupt die Bildungsarbeit an diesen Orten in Zukunft aussehen?«⁶

Was Sebastian und Saskia für die GuMS erzählen, steht stellvertretend für alle drei von mir beforschten NS-Erinnerungsorte.⁷ Und auch der im Juni 2025 erschienene Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2024 stützt Sebastians und Saskias Einschätzungen.⁸ So ist dem Bericht unter anderem zu entnehmen, dass das rechtsextreme

19.08.2024, URL: <https://www.buchenwald.de/newsroom/warum-die-stiftung-einen-brief-an-die-waehler-in-thueringen-geschrieben-hat> (letzter Abruf: 12.06.2025) sowie N.N.: Nach Brief an Thüringer Wähler: Gedenkstättenleiter nach AfD-Kritik bedroht, tagesschau.de, 20.08.2024, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/buchenwald-gedenkstaette-drohunge-n-100.html> (letzter Abruf: 12.06.2025).

5 SH09-2, Interview geführt am 03.07.2024 via Zoom.

6 SH01-2, Interview geführt am 22.07.2024 via Zoom.

7 Mathias von der Doku Obersalzberg und Merle von der EuG Wewelsburg, die ich im Jahr 2024 ebenfalls ein zweites Mal interviewt habe, äußerten sich ganz ähnlich.

8 Dem Bericht zufolge ist die Zahl der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 47,4 % gestiegen, den weitaus größten Anteil bilden mit 63,9 % sogenannte Propagandadelikte (deren Zahl im Vergleich zu 2023 ebenfalls stark angestiegen ist). Von den 84.172 politisch motivierten Straftaten (2023: 60.028) sind laut Verfassungsschutzbericht 37.835 dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen. 24.177 (2023: 15.081) dieser Straftaten wurden als rechtsextrem motivierte Propagandadelikte nach

»Personenpotenzial« konstant steigt: Waren im Jahr 2022 noch ca. 15.500 Menschen in rechtsextrem orientierten Parteien organisiert, waren es 2023 bereits 16.300 und 2024 sogar um die 25.000; der weitaus größte Teil dieser Personen ist der Partei AfD zuzuordnen, deren Mitgliederzahl von ungefähr 10.200 im Jahr 2022 auf nunmehr 20.000 im Jahr 2024 angestiegen ist.⁹ Die Überlegung, dass diese Entwicklung auch an den NS-Erinnerungsorten spürbar sein und sich in einem Anstieg rechts-extremer Praktiken und Übergriffe zeigen könnte, liegt da durchaus nahe. Am 25. Juni 2024 richteten daher einige Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung, in der sie nicht nur explizit nach Angriffen auf NS-Gedenkstätten fragten, sondern auch um Stellungnahme zu einem möglichen »Zusammenhang bei der Zunahme von Angriffen gegen NS-Gedenkort mit dem Erstarken von rechten, rassistischen und antisemitischen Einstellungen und Wahlerfolgen der AfD« baten.¹⁰ Diesen Zusammenhang sieht durchaus auch die Bundesregierung: »Angriffe auf NS-Gedenkstätten gehen regelmäßig u.a. mit geschichtsrevisionistischen, antisemitischen und rechtsextremistischen Einstellungen der Täterinnen und Täter als Tatmotiv einher«, liest man in ihrer Antwort, »[e]ine zunehmende Verbreitung entsprechender Einstellungen in der Bevölkerung könnte somit die Hemmschwelle für entsprechende Angriffe weiter absenken«.¹¹

Die Kleine Anfrage der LINKEN-Fraktion zu politisch motivierten Angriffen auf NS-Gedenkstätten war bereits die dritte ihrer Art. Schon 2022 hatte es eine diesbezügliche Anfrage gegeben, damals hatte der LINKEN-Abgeordnete Jan Korte nach der Anzahl der Angriffe auf NS-Gedenkstätten in Deutschland »in den letzten fünf Jahren« gefragt.¹² Die Antwort der Bundesregierung lautete, dass »der Begriff ›NS-Gedenkstätte‹ [...] kein bundesweit abgestimmtes Angriffsziel im Katalog des KPMD-PMK [Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität, Anm.d.A.]« darstelle.¹³ Anfang 2024 hatte dann die LINKEN-Abge-

§§ 86 und 86a StGB erfasst, siehe Quellenverzeichnis: Verfassungsschutzbericht 2024, URL: https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzbericht/2025-06-10-verfassungsschutzbericht-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (letzter Abruf: 20.01.2026), insbes. S. 26ff.

- 9 Ebd. S. 67. Die Verfasser:innen des Berichts gehen zudem davon aus, »dass mit dem Anstieg der Mitgliederzahl auch das extremistische Personenpotenzial in der AfD entsprechend zugenommen hat«, ebd. S. 101.
- 10 Siehe Quellenverzeichnis: Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte, Petra Pau, Dr. André Hahn u.a. und der Gruppe Die Linke: Angriffe auf NS-Gedenkstätten, 25.04.2024, Drucksache 20/11928. S. 2.
- 11 Siehe Quellenverzeichnis: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte, Petra Pau, Dr. André Hahn [...] und der Gruppe Die Linke: Angriffe auf NS-Gedenkstätten, 08.07.2024, Drucksache 20/12236. S. 4.
- 12 Siehe Quellenverzeichnis: Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 25. Juli 2022 eingegangenen Antworten der Bundesregierung, 29.07.2022, Drucksache 20/2931. S. 24.
- 13 Ebd. S. 25.

ordnete Petra Pau nach der Zahl der Angriffe auf NS-Gedenkstätten gefragt, nun für das Jahr 2023.¹⁴ Auch ihr erklärte man, dass »Vandalismus und anderweitig strafrechtlich relevante Angriffe auf KZ-Gedenkstätten [...] im Rahmen des KPMD-PMK allgemein im Oberangriffsziel ›Gedenkstätte‹ registriert« würden.¹⁵ Für dieses übergeordnete Ziel seien im Jahr 2023 insgesamt 324 Fälle erfasst worden.¹⁶ 324 Angriffe an 365 Tagen – das entspricht zwar statistisch gesehen fast einem Angriff pro Tag, doch für die Bundesregierung schien das noch nicht auszureichen: »Eine weitergehende Ausdifferenzierung des Oberangriffsziels ›Gedenkstätte‹ in Unterangriffsziele ist mit Blick auf die derzeitigen Fallzahlen aktuell nicht geplant«, heißt es in der Antwort auf die zu Beginn erwähnte, jüngste Kleine Anfrage der LINKEN vom Juni 2024.¹⁷ Auch die Frage, auf welche Gedenkstätten die 324 Angriffe genau erfolgt seien, wurde nicht beantwortet – der Anhang, auf den die Bundesregierung verweist, listet zwar das Datum, die Art des Angriffs und die politische Ideologie der mutmaßlichen Täter:innen auf, nicht jedoch – wie von der LINKEN erbeten – die Namen der Gedenkstätten.¹⁸ Immerhin *etwas* tiefer blicken ließ man kurze Zeit später die Journalist:innen vom Deutschlandfunk. In der Veröffentlichung ihrer Rechercheergebnisse Ende August 2024 sprechen jedoch auch sie von einer »entscheidende[n] Leerstelle«, denn die Statistik unterscheide zwar, »ob ein Angriff auf eine Gedenkstätte von rechts oder von links kommt – aber nicht, um was für eine Gedenkstätte es sich handelt«.¹⁹ Am frappierendsten aber scheint mir die Tatsache zu sein, dass nun auch die Bundestagsfraktion der AfD in einem entsprechenden Antrag auf eine genauere Erfassung der Übergriffe auf NS-Gedenkstätten drängt.²⁰ Am 29. Januar 2025 stellte die Bundestagsfraktion der Partei einen entsprechenden Antrag an den Deutschen Bundestag, aus dem auf den ersten Blick dieselben Forderungen hervorgehen, die die LINKEN-Fraktion bereits dreimal gestellt hat. Das eigentliche Ziel, nämlich linksextremistische Straftaten in den Mittelpunkt des

14 Siehe Quellenverzeichnis: Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 2. April 2024 eingegangenen Antworten der Bundesregierung, 05.04.2024, Drucksache 20/10926. S. 42.

15 Ebd.

16 Vgl. ebd.

17 Siehe Quellenverzeichnis: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte, Petra Pau, Dr. André Hahn, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke, Drucksache 20/12236. S. 3.

18 Vgl. ebd.

19 Siehe Quellenverzeichnis: Dietrich, Fabian/Kuball, Max/Sim, Peter: Mehr als 1.000 rechte Übergriffe auf Gedenkstätten seit 2019, Deutschlandfunk, 29.08.2024, URL: <https://www.deutschlandfunk.de/ns-gedenkstaetten-angriffe-rechtsextremismus-erinnerungskultur-100.html> (letzter Abruf: 12.06.2025).

20 Siehe Quellenverzeichnis: Antrag der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Martin Erwin Renner, Volker Münz u.a. und der Fraktion der AfD: Statistische Erfassung von Angriffen auf Gedenkstätten verbessern, 28.01.2025, Drucksache 20/14738.

Interesses zu rücken, wird von den Verfasser:innen der AfD äußerst geschickt in den Text gewoben.²¹

Am 23. Februar 2025 hat Deutschland eine neue Regierung gewählt. Mit 152 Sitzen (und einem Zugewinn von 69 Sitzen!) ist die AfD zweitstärkste Kraft geworden, lediglich 12 Sitze trennen sie von der CDU (164 Sitze), 32 hingegen von der drittplatzierten SPD (120 Sitze).²² Die Warnung der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland, mit der die vorliegende Arbeit eingeleitet wurde – war sie vergebens? Denn eben jene neue Bundesregierung ist es auch, die mit der Umsetzung der jüngsten Fortschreibung der Bundesgedenkstättenkonzeption betraut sein wird, genauer gesagt der neue Kulturstatsminister Wolfram Weimer (CDU).²³ Die aus dem Jahr 2024 stammende Fortschreibung stieß zwar insbesondere bei den NS-Erinnerungsorten auf Kritik, man befürchtete etwa negative finanzielle Folgen durch die Hinzunahme des Gedenkens an die Opfer der deutschen Kolonialverbrechen und des rechtsextremistischen Terrors.²⁴ Gleichzeitig aber haben gerade die NS-Gedenk- und Dokumentationsorte hohe Erwartungen an das von Claudia Roth

-
- 21 Die »Zuordnung von Straftaten zur politisch motivierten Kriminalität (PMK)« sei »nicht unumstritten«, so die Antragsteller:innen. So habe etwa der »in Folge der »Enquete-Kommission gegen Linksextremismus« des Landtages Sachsen-Anhalt aufgedeckte Fall« für Aufsehen gesorgt, »wo [sic!] ein mit Hakenkreuzen beschmiertes AfD-Büro als rechtmotiviert eingestuft wurde. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass bspw. Hakenkreuzschmierereien an einem Soldatendenkmal als PMK-rechts statistisch erfasst werden und das Bild der politischen Motivation von Straftaten verzerrt dargestellt wird«, ebd. S. 2.
- 22 Siehe Quellenverzeichnis: Ergebnisse der Bundestagswahl 2025, URL: <https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025/ergebnisse/bund-99.html> (letzter Abruf: 12.06.2025). In den Bundesländern Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt gilt die AfD als gesichert rechtsextrem, in Hessen, Baden-Württemberg, Bremen, Niedersachsen und Bayern wird sie als Verdachtsfall, in Mecklenburg-Vorpommern als Prüffall geführt. In Schleswig-Holstein, Hamburg, Berlin, Rheinland-Pfalz und dem Saarland wurde bisher keine Prüfung durchgeführt, siehe Quellenverzeichnis: Statista.com: Status der AfD-Landesverbände, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1428143/umfrage/status-der-landesverbaende-der-afd-zur-pruefung-durch-den-verfassungsschutz/> (letzter Abruf: 12.06.2025). Die Einstufung der Bundes-AfD als rechtsextrem hat der Verfassungsschutz, Stand Mai 2025, vorerst ausgesetzt. Eine kurz zuvor getätigte Äußerung in Form einer Pressemitteilung wurde zurückgezogen und soll bis zu einem entsprechenden Gerichtsurteil nicht öffentlich wiederholt werden, siehe Quellenverzeichnis: N.N.: Verfassungsschutz setzt AfD-Einstufung vorerst aus, tagesschau.de, 08.05.2025, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-verfassungsschutz-rechtsextrem-100.html> (letzter Abruf: 12.06.2025).
- 23 Siehe Quellenverzeichnis: Deutscher Bundestag: Protokoll des Ausschusses für Kultur und Medien, 20/68. Berlin 11.11.2024.
- 24 Siehe Quellenverzeichnis: Staas, Christian: Im kollektiven Gedächtnis ist viel Platz, in: ZEIT ONLINE, 10.04.2024, URL: <https://www.zeit.de/kultur/2024-04/erinnerungskultur-deutschland-claudia-roth-kulturstatsministerium> (letzter Abruf: 12.06.2025).

(Bündnis 90/DIE GRÜNEN) auf den Weg gebrachte Papier.²⁵ Es sei »interessant zu lesen«, wie der Journalist Thomas E. Schmidt für ZEIT ONLINE schreibt, »weil sich an ihm der kulturpolitische Stand des deutschen Gedenkwesens ablesen lässt«²⁶ – und der ist keineswegs befriedigend: Die Debatte um die Aufarbeitung der deutschen Kolonialverbrechen wurde nach dem Terrorangriff der Hamas von den israelfeindlichen und teils antisemitischen Agitationen einer »linke[n], woke[n] Szene« überschattet, »die den Postkolonialismus in den vergangenen Jahren stark forciert hatte«, und das in Berlin geplante *Dokumentationszentrum Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa* genießt kostspielige Priorität – Umstände, unter denen, so jedenfalls diagnostiziert es Schmidt, die Perspektive für die Gedenkstätten dieselbe bleibt wie bisher.²⁷ An NS-Erinnerungsorten wie der GuMS geht es nun also mehr denn je darum, Allianzen zu bilden – untereinander, aber auch »mit den zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren, die wie wir einem Machtanspruch der AfD entgegenstehen und einen humanistischen, demokratischen Konsens teilen«, so Sebastian.²⁸ Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, ergänzt er, sei bereits in verschiedenen Bündnissen aktiv, unter anderem im Demokratieforum Oranienburg; seit April 2025 ist sie zudem Mitglied des Netzwerks »Tolerantes Brandenburg«.²⁹ Die Arbeit deutscher NS-Erinnerungsorte, sie war von Beginn an politischer Natur. Nach einer Phase der allgemeinen Akzeptanz sind die »errungenen Erinnerungen«³⁰ und die Räume, die sie besetzen, heute wieder umkämpft, vielleicht umkämpfter denn je. Die Frage ist also nicht, ob NS-Erinnerungsorte politische Orte sind, sondern wie sie diese ihnen von Beginn an innewohnende Eigenschaft gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen *produktiv machen*. Was sie an der GuMS tue, sagt Saskia, fühle sich in letzter Zeit »gar nicht mehr so nach historischer Bildungsarbeit an«, sondern werde »immer politischer«; einerseits, überlegt sie, sei das womöglich »zu viel für so einen Ort«, aber »auf der anderen Seite: Wo,

25 Vgl. Garbe, Detlef: Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes. Rückblick, Bilanz und Erwartungen an eine Aktualisierung. In: Gedenkstättenrundbrief 208 (2022), H. 12, S. 2–12. Insbes. S. 8. ff.

26 Siehe Quellenverzeichnis: Schmidt, Thomas E.: Ein Papier zum Erinnern, in: ZEIT ONLINE, 14.04.2025, URL: <https://www.zeit.de/kultur/2025-04/gedenkpolitik-claudia-roth-konzeption-gedenkstaette-koalition> (letzter Abruf: 13.06.2025).

27 Ebd.

28 SH09-2, Interview geführt am 03.07.2024 via Zoom.

29 Siehe Quellenverzeichnis: Demokratieforum Oranienburg, URL: <https://aktionsbuenndnis-brandenburg.de/forum-gegen-rassismus-und-rechte-gewalt-oranienburg/> (letzter Abruf: 12.06.2025); Tolerantes Brandenburg: Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten wird 62. Kooperationspartnerin des Toleranten Brandenburg, URL: https://tolerantes.brandenburg.de/startseite/aktuelle-meldungen.html?news=brandenburg_06.c.865630.de (letzter Abruf: 20.01.2026).

30 Vgl. Sternfeld 2016.

wenn nicht hier, müssen diese Themen diskutiert werden? Irgendwie ist es ja auch der Grund für die Existenz dieser Orte«.³¹

31 SH01-2, Interview geführt am 22.07.2024 via Zoom.